

Göttingen, den 26. 10.63

**Bericht von unserm Besuch im Bundesministerium für Familie- und Jugendfragen
zwecks Bericht über das DDR-Lager bei Potsdam. Bonn, am 23. 10. 1963**

Gesprächspartner war nicht Herr Dr. Ott, mit dem der Briefwechsel geführt wurde, sondern

Frau Regierungsrätin Dr. F r i e s e c k e

die Herrn Dr. Ott, der zu einer Sitzung abberufen worden war, vertrat. Wir hatten aber beide den Eindruck, daß Frau Dr. Friesecke über die Entwicklung der SCI-Arbeit in der DDR, beziehungsweise unsere Stellung dazu, recht gut informiert war.

Das Gespräch wurde zu unserer Überraschung mit der Bemerkung begonnen, es sei uns nun wohl doch gelungen, trotz technischer Schwierigkeiten, einige Teilnehmer in jenes Lager bei Potsdam zu schicken. Sicherlich war Frau Dr. Friesecke die Antwort auf unsere Anfrage bekannt, aber da dort nicht erwähnt wurde, daß wir unsere Entscheidung von der Bonns abhängig machen würden, hatte man anscheinend nicht angenommen, daß wir uns durch dieses Schreiben an einer Teilnahme hindern lassen würden.

Gesprächsstoff bildeten hauptsächlich die Berichte von Denise, Michael und Virginia Procter über das Lager. Einige Punkte wurden besonders hervorgehoben :

1. Schwierigkeiten, die sich durch die Tatsache ergaben, daß die Übersetzer von östlicher Seite gestellt wurden (wobei uns besonders daran lag zu betonen, wie wichtig die Teilnahme von Westdeutschen an Lagern in der DDR sei).
2. Das Vorbereitungsseminar in Paris. Wir mußten zugeben, daß sich der deutsche Zweig weder beteiligt hatte noch wußte, über was man dort wie gesprochen hatte. So konnten wir nur Vermutungen und Hoffnungen äußern.
3. Mangelnder Kontakt mit der Bevölkerung. Als Begründung schien uns die Auswahl des Ortes mindestens ebenso wichtig, wie die Zusammenarbeit mit der FDJ (es schien uns besser, sie in diesem Punkt nicht besonders zu betonen).
4. Kritik an der Wahl des Projektes, das nicht unbedingt als "soziales", das heißt für die Bevölkerung (wie Kindergarten, Schule etc. es gewesen wären) angesprochen werden konnte (dies wurde von Dr. Friesecke besonders betont).

Wir betonten, daß gerade in den letzten beiden Punkten unsere Kritik ansetze, man aber wohl auch hier am ehesten mit baldiger Änderung rechnen könne.

Hier, wie auch im übrigen, herrschte Übereinstimmung der Ansichten. Frau Dr. Friesecke stimmte uns voll und ganz zu in Bezug auf die Notwendigkeit von Kontakten mit der Bevölkerung in der DDR, auch in dieser Form von Lagern. Kritik an der Zusammenarbeit mit der F D J äußerte sie mit keinem Wort, wobei zu bemerken ist, daß wir betont hatten, daß es zu direkten Kontakten zwischen IZD und FDJ voraussichtlich in naher Zukunft nicht kommen werde und man sich vor allem von deutscher Seite her bemühe, einen anderen Verhandlungspartner zu finden. Offensichtlich schien ihr das Faktum einer Zusammenarbeit mit der FDJ nicht Grund genug, um auf Dienste in der DDR zu verzichten, da ihr einmal bekannt war, daß es schwer sein würde, andere Organisationen zu finden, zum anderen aber man eben deren Arbeit wahrscheinlich gefährde, wenn man sie um Zusammenarbeit bitte.

Unaufgefordert bemerkte Frau Dr. Friesecke dann, sie sei einverstanden mit der Fortführung unserer Arbeit und mit der Entsendung von westdeutschen Teilnehmern (wir betonten unser Bemühen, auch Westberlinern die Teilnahme zu ermöglichen). Sie würde in diesem Sinne ein Schreiben an das Gesamtdeutsche Ministerium richten und uns die Antwort zukommen lassen. I h r H a u s sei einverstanden, könne aber in diesen Dingen nicht ohne das Gesamtdeutsche Ministerium entscheiden. Wir möchten auch Verständnis dafür haben, daß die schriftliche Äußerung ihres Einverständnisses schwierig sei. Ausdrücklich bat sie uns um einen zusammenfassenden Bericht (schriftlich), wobei es durchaus nicht nötig sei, daß dieser 'frisiert' bei ihr ankäme.

In Bezug auf Bundesjugendplangelder interessierte sie nur die Frage, ob die Teilnahme von westdeutschen Freiwilligen an DDR-Lagern aus diesen Mittel finanziert würde (z.B. Taschengeld und 50% Reisekosten). Hierbei war ihre Formulierung : "Könnte man uns (dem BMFa) einen Vorwurf machen, daß wir (BMFa) mit BJP-Geldern Lager in der DDR unterstützten?". Wir versicherten ihr, daß diese Gelder a l l e i n für die Durchführung von Lagern in Westdeutschland verwandt würden und auch eine Abrechnung der Teilnehmertage von Westdeutschen bei einem solchen Dienst über BJP keineswegs zur Diskussion stünde.

Dieses war ihr einzige offene Frage gewesen. Wenn jene Mittel nicht zu dem genannten Zweck verwendet würden, scheint sie nicht daran zu glauben, daß sie uns gestrichen werden (wörtlich hat sie das nicht formuliert) !!!

Sie verneinte unsere abschließende Frage, ob an das Ministerium Anfragen anderer, uns ähnlicher, Organisationen in Bezug auf die Durchführung von Lagern in der DDR gekommen seien in letzter Zeit, war dabei aber auch der Meinung, daß die meisten wahrscheinlich durch die offizielle Linie Bonns abgehalten würden (Sie sprach von dem "bahnbrechenden CVJM").

Wir glauben, mit dem Ergebnis dieses Gesprächs sehr zufrieden sein zu können. Unsere Vermutung, daß man unsere Arbeit schriftlich nicht begrüßen kann, erwies sich als richtig. Mündlich allerdings erklärte man sich nun mit unserer Arbeit und unseren Plänen so weitgehend einverstanden, wie wir nicht hatten hoffen können.

Wir können also mit stillschweigendem Einverständnis des Ministeriums rechnen, wenn wir den eingeschlagenen Weg weitergehen, unter Berücksichtigung oben erwähnter Punkte.

Was wir nun von dem Gesamtdeutschen Ministerium zu hören bekommen, bleibt abzuwarten. Da es sich dabei aber wieder um eine schriftliche Äußerung handeln wird, kann sie keinesfalls so weit gehen, wie jene mündlichen Äußerungen. Es scheint uns daher wichtig, daß besondere Fragen in Bezug auf Lager in der DDR in Bonn immer mündlich geklärt werden, da man uns dann sehr viel weiter entgegenkommen kann.

Das Gespräch dauerte 5/4 Stunden, fand in wenig offizieller Atmosphäre statt (um nicht sagen zu müssen : in sehr freundschaftlicher . . .) in einem kleinen Raum, in dem vieles an unser Sekretariat erinnerte. Man hatte gehofft, daß Dr. Ott wenigstens bei einem Teil des Gesprächs anwesend sein würde, hatte sich darin aber getäuscht.

Unser persönlicher Eindruck aber war, daß wir in Frau Dr. Friesecke jemanden vor uns hatten, mit dem sich sehr gut reden ließ, dem außerdem unsere Arbeit bekannt war und der besonders gerade unsere Bemühungen in Bezug auf Lager in der DDR nicht nur versteht, sondern auch gutheißt und durch Fürsprache bereit ist zu unterstützen.

(Wir halten es für dringend erforderlich, daß alle Empfänger dieses Berichtes – Vorstand und Sekretariat – ihn streng vertraulich behandeln. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß das Ministerium "Bloßgestellt" und vielleicht sogar falsch interpretiert wird. Sonst ist wieder alles verloren. Auch innerhalb des IZD sollte über den Kreis der Empfänger hinaus nicht mehr verlauten, als daß wir das Ministerium unterrichtet haben und dieses sich eine Stellungnahme vorbehalten hat.)

gez. H. G. Oelmann, gez. Lutz Caspers